

HE 27. Mai 75 - 18

p.B.73.Camb.O. - RS/gis

3003 Bern, den 27. Mai 1975

3. Gymnasiumsklasse
Juventus d. hl. Franz.

6073 Flüeli - Ranft

Liebe Schüler der 3. Gymnasiumsklasse,

Die Bundeskanzlei hat uns Euer Schreiben vom 14. Mai 1975 zuständigkeitshalber zugestellt. Wir haben davon mit Sympathie und Verständnis Notiz genommen.

Auf der einen Seite bestehen keine Zweifel, dass jeder Schweizerbürger über irgendwelche politischen Ereignisse seine eigene Meinung haben und auch frei äussern kann. Dieses elementare Recht wird ihm durch unsere Verfassung ausdrücklich zugestanden. Auch unsere Informationsmedien: Presse, Radio, Fernsehen geniessen diese Freiheit und machen davon steten und nutzbringenden Gebrauch.

Etwas anders liegen jedoch die Dinge, wenn sich ein Mitglied der Regierung oder gar der Gesamtbundesrat zu politischen Ereignissen äussern. Nach aussen repräsentiert der Bundesrat ein neutrales Land, das mit allen Staaten, unabhängig von deren Regimes, Beziehungen unterhält und sich grundsätzlich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischt. Würde sich der Bundesrat zum Bürgerkrieg in Kambodscha äussern und die "Brutalität" der roten Khmers geisseln, so täte er damit nicht einen ethischen, sondern einen politischen Schritt. Politisch gesehen mischt er sich in eine "innere" Angelegenheit Kambodschas ein und nimmt indirekt Partei für die eine der sich bekämpfenden Seiten.

Abgesehen von diesen grundsätzlichen Ueberlegungen gibt es auch solche der Opportunität. Ein Schritt, wie Ihr ihn anregt, könnte sich allenfalls rechtfertigen, wenn er konkrete positive Auswirkungen für die betroffenen Menschen haben würde. Im vorliegenden Fall ist eine solche positive Wirkung mehr als fraglich. Einerseits hat die Schweiz international nicht genügend politisches Gewicht, um die Meinung vor allem der massgebenden Grossmächte zu beeinflussen. Andererseits würde der Appell - oder die Verurteilung - des Bundesrates von den Angesprochenen ziemlich sicher schief ausgelegt. Dabei ist nicht zu vergessen, dass immer noch einzelne Schweizerbürger in den fraglichen Ländern sich aufhalten, und dass dort schweizerische Hilfswerke gerade in diesen Tagen bedeutende humanitäre Hilfe leisten. All diesen Organisationen und Einzelpersonen würde der Bundesrat mit seiner Initiative keinen Dienst tun. Sie hätten aller Voraussicht nach als erste unter der Reaktion der Beschuldigten zu leiden.

Wir danken Euch für Euer Interesse an der Welt-politik, das Euch als junge Schweizerbürger ehrt und wünschen Euch allen für die Zukunft Erfolg und Befriedigung.

Politische Direktion
i.A.

(Kaufmann)